

Wer braucht gefälligst Satire?

Der Deutsche Einheit(z)-Textdienst ist ein Satire-Rundbrief mit Monologen, Dialogen und Sachtexten zu aktuellen Themen. Er erscheint monatlich als Artikel-Service für interessierte Verlage und Redaktionen von Zeitungen und Politischen Magazinen. Abdrucke sind grundsätzlich honorarpflichtig, bei Alternativ-Presse und Kleinzeitungen kostenfrei. 1 Belegexemplar erwünscht.

WWW.

EinheitZtext

E-Mail: einheitstext@t-online.de

Inhalt: u.a.: **Patriotie**

4/05

Seite 1 – letzte Meldung: Jobgipfel

Seite 1 - Körperschaftssteuer

Seite 2 – Patriotischer Appell

Seite 2 – Amtliche Mitteilung nach dem Jobgipfel

Seite 3 – letzte Meldung: Unternehmersteuern

Seite 3 – Kundenmitteilung: Der Frühling kommt

Seite 3 - Politbarometer

Seite 4 – Betriebliches Bündnis (Mustervordruck)

Seite 4 - Wirkungsvoll

Seite 4 - Lohnnebenkosten

Seite 5 – Natürliche Fluktuation

Seite 5 – letzte Meldung: Stalking

Seite 5 – Protokoll einer Eigentümerversammlung

Seite 6 - Berufsbezeichnung

Seite 7 - Stellenanzeige

Seite 7 – letzte Meldung: Vorleistung

Seite 7 – Neues Versammlungsrecht: Bayern

Seite 8 - Weitsicht

Seite 8 – letzte Meldung: Alternativveranstaltung

Seite 8 – Keine Zweifel

dung+ Die letzte Meldung+ Die letzte Meldung+ Die letzte Jobgipfel

Düsseldorf/Frankfurt: Die deutschen Unternehmerverbände haben in einem offenen Brief an den Bundeskanzler eindringlich darum gebeten, daß sie noch öfters gejobgipfelt werden möchten. Als Zeichen ihrer patriotischen Verantwortung für Deutschland schlagen sie für die nächsten Unternehmens-Steuer-Erleichterungs-Besprechungen folgende Bezeichnungen vor: „Arbeitslosigkeits-Kaffeeklatsch“, „Armut-Geber-Konferenz“ und „Erwerbslosen-Fünf-Uhr-Tee“. Die Treffen sollten mindestens viermal jährlich stattfinden.

Körperschaftssteuer

Es wird tatsächlich höchste Zeit, daß die Körperschaftssteuer für deutsche Unternehmen gesenkt wird. Man erkennt ihren Körper nämlich kaum noch, seit sie so viele Arbeitsplätze abgespeckt haben.

Patriotischer Appell

Sehr geehrte deutsche Unternehmer!

In großer Sorge um das Wohl und die Zukunft Deutschlands appellieren wir heute an Sie! Nehmen Sie endlich Ihre patriotische Verantwortung wahr!

Zieren Sie sich nicht länger und machen Sie von den beschlossenen Steuererleichterungen für deutsche Unternehmen Gebrauch! Sie brauchen wirklich keine falsche Zurückhaltung zu üben. Das deutsche Volk hat schon zu allen Zeiten gerne Opfer für Sie gebracht und bringt sie auch weiterhin – selbstverständlich ohne Erwartung irgendeiner Gegenleistung.

Wir sind ein freies Land. Niemand braucht sich in Deutschland für seinen Reichtum und sein Vermögen zu schämen. Der Bundeskanzler bittet Sie daher inständig: greifen Sie zu und bedienen Sie sich! Nichts würde die Bundesregierung und die mit ihr regierende Opposition mehr erfreuen, als daß Sie auch unsere neuen Steuergeschenke annehmen. Schämen Sie sich nicht! Sie haben keinen Grund dazu. Unser Bestreben war und ist einzig und allein darauf gerichtet, deutsche Unternehmer in Deutschland glücklich zu machen und zufrieden zu stellen. Dafür wurden wir schließlich gewählt.

Beiliegend erhalten Sie von uns auch Ihre persönliche „Steuer-Retour-Card“, die es Ihnen ab sofort ermöglicht, in unserem Land ab sofort ohne Steuern einzuzukaufen. Egal, was Sie erwerben, Sie erhalten umgehend die Mehrwertsteuer, die Tabaksteuer, die Alkoholsteuer und die Kraftstoffsteuer zurück.

In diesem Sinn hoffen wir sehr auf Ihre patriotische Pflichterfüllung beim Empfang unserer Steuergeschenke. Für das Wohl Deutschlands!

Die Bundesregierung

chen+++Aktenzeichen+++Aktenzeichen+++Aktenzeich

Amtliche Mitteilung nach dem Jobgipfel:

An das deutsche Volk!

An alle Deutschen wird hiermit appelliert,

1. nicht mehr so viel herumzujammern und statt dessen froh zu sein, daß es noch nicht schlimmer kommt
2. bei Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland dem verlagerten Arbeitsplatz in patriotischer Pflichterfüllung nachzufolgen, um künftig im Ausland ein guter Patriot zu werden.
3. bei bereits vorhandener Arbeitslosigkeit in patriotische Weise sich umgehend aus der Arbeitslosenstatistik zu entfernen.

Die Bundesregierung

dung+ Die letzte Meldung+ Die letzte Meldung+ Die letzte Unternehmersteuern

Berlin: Die Bundesregierung und die mit ihr regierende Opposition bekräftigen nach dem Jobgipfel noch einmal mit Nachdruck, daß die von ihr beabsichtigten Steuersenkungen für Unternehmen zahlreiche Arbeitsplätze schaffen. Vor allem im Ausland.

Kundenmitteilung: Der Frühling kommt!

Der deutsche Einzelhandel weist alle Kunden darauf hin, daß die Kaufneigung im Frühling stark stimuliert wird.

So stieg die Konsumlust statistisch bereits vor einigen Wochen um 0,6 auf 4,8 Punkte. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Erregungszustand bei Konsumenten nach neuesten Erkenntnissen der Sexualforscher vor allem nach den Osterfeiertagen zunimmt.

Aus diesem Grund führt der Einzelhandel flächendeckend Frühlingseinkaufssonntage durch, um der Libido der Kundschaft Rechnung zu tragen. Das Vorspiel beginnt bekanntlich mit der Werbung (also einem Hardcover zum Angucken), und die daraufhin sprunghaft steigende Anschaffungsneigung, die von der Zirbeldrüse gesteuert wird, unterscheidet sich übrigens nachweislich nicht vom Paarungsverhalten bei Eichhörnchen und Siebenschläfern.

All denen, die durch Arbeitslosigkeit oder Hartz IV traumatisiert sind und ihren Höhepunkt in Kaufhäusern wegen pekuniärer Mangelerscheinungen nicht erreichen, wird im Frühjahr zu kalten Bädern und Enthaltbarkeit geraten. Der deutsche Einzelhandel stellt außerdem für Fälle zwanghafter Masturbation vor Schaufenstern kostenlos Kleenextücher bereit.

Die kaufkräftige Kundschaft ist in den nächsten Wochen selbstverständlich eingeladen, ihre Kauflust auszuleben.

Der deutsche Einzelhandel**Politbarometer**

„...geben wir nachfolgend die Monatsauslosung unseres Politbarometers bekannt: an vorderster Stelle bei den Prozentverlusten stehen nach wie vor die sogenannten Sozialreformen, allerdings knapp verfolgt vom Wegfall des Kündigungsschutzes. In der Beliebtheitskala um weitere vier Punkte gefallen ist die Senkung der Körperschaftssteuer für Großunternehmen, während die Verlängerung der Wochenarbeitszeit nach wie vor bei 8,2 Prozent liegt. Wenig Bewegung ist zu verzeichnen bei den untersten Rängen, etwa dem Wegfall der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie der Aufhebung der betrieblichen Mitbestimmung. Favoriten bei den Punktverlusten sind ungeschlagen nach wie vor die Arbeitsplatzverlagerung und die flächendeckende Beerdigung der Tarifverträge.

Wir weisen abschließend noch einmal darauf hin, daß die Zuordnung der einzelnen Themen zu Bundestagsparteien nicht mehr möglich und notwendig ist. Alle Parteien wollen nämlich inzwischen das Gleiche. Zusammenfassend wird festgestellt, daß trotz alledem das Vertrauen der deutschen Bevölkerung zu den Bundestagsparteien immer noch bei 0,4 Prozent liegt.

Wir gratulieren allen Gewinnern unserer heutigen Ziehung und wünschen Ihnen weiterhin viel Demokratie!“

Betriebliches Bündnis (Mustervordruck)

Der Beschäftigte Erwin Mustermann erklärt hiermit verbindlich durch seine Unterschrift, daß er ab sofort für die Hälfte seines bisherigen Lohnes wöchentlich 45 Stunden arbeitet, auf Abruf für seine Firma verfügbar ist, seine Sozialversicherungsabgaben eigenständig finanziert, weiterhin freundlich, fleißig und höflich ist, sich von Gewerkschaften und anderem Teufelskram fernhält und dem Betrieb weiterhin hohe Gewinnraten erwirtschaftet.

Im Gegenzug sichert die Firmenleitung dem Beschäftigten Erwin Mustermann zu, daß er frei darüber entscheiden darf, in welches Land demnächst sein Arbeitsplatz verlagert wird und auf welcher Papierfarbe er seine Kündigung erhält.

Die Firmenleitung

Erwin Mustermann

Wirkungsvoll

Bekanntlich hat der Bundeskanzler wieder einmal neue Maßnahmen für mehr Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze angekündigt.

Ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahre wäre allerdings nur ein Vorschlag wirkungsvoll: sein Rücktritt.

Lohnnebenkosten

Die Forderung von Bundespräsident Köhler, daß die Kosten der sozialen Sicherung von den Arbeitsverhältnissen abgekoppelt werden müssen, erfüllt sich praktisch von selbst:

Man braucht nur abzuwarten, daß die Arbeitslosenzahlen weiter steigen. Arbeitslose haben bekanntlich kein Arbeitsverhältnis mehr.

Natürliche Fluktuation

Bekanntlich fordert Arbeitgeberpräsident Hundt, daß Firmen im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung nur noch für Unfälle haften sollen, die sie selbst verursachen.

Um die sogenannten Lohnnebenkosten weiter zu senken, wäre es ihm wahrscheinlich noch lieber, daß die Leistungen aus der Unfallversicherung nur noch auf das Sterbegeld reduziert werden.

Dann könnten nämlich die Firmenleitungen ihre Entlassungen künftig anstelle mittels teurer Abfindungen durch organisierte Arbeitsunfälle vornehmen.

dung+ Die letzte Meldung+ Die letzte Meldung+ Die letzte

Stalking

Berlin: Psychoterror durch Belästigungen und Verfolgungen – das sogenannte Stalking – soll nach dem Willen des Bundesrates künftig mit erheblichen Haftstrafen geahndet werden können.

Alle ALG II-Empfänger und Hartz IV-Betroffene können also aufatmen. Unklar ist nur noch, wie viele neue Haftanstalten für die Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit und der Sozialämter gebaut werden müssen.

Protokoll einer Eigentümerversammlung

Auf der gestrigen Eigentümerversammlung der Wohnanlage „Waldeslust“ waren insgesamt 14 Personen anwesend, darunter Gero von Strauch, der reinrassige Chow Chow von Professor Rüdiger-Meinhardus.

Zu Beginn der Versammlung stellte Herr Doktor Laussen einen sogenannten Eurojobber vor. Er tritt in Kürze in Kraft und soll nach und nach unsere angemieteten Polen ersetzen, die seit mehreren Jahren die Grünanlagenpflege betreiben.

Der Eurojobber heißt Bernhard und ist sehr knuddelig. Er hat nichts Gescheites gelernt, was man daran merkt, daß er keinen Ausbildungsplatz gekriegt hat. Auf die Fangfrage von Frau Apothekerin A.D. Hollmann-Schwertfeger, wieviel die Wurzel aus 214, multipliziert mit 26, dividiert durch 1865,9 ist, hat er geantwortet, es ist fünf. Frau Apothekerin A.D. Hollmann-Schwertfeger hat die Lösung allerdings nicht parat gehabt, weil sie ihr Rätselheft in der Wohnung liegen hat lassen, und so mußten wir das Resultat erst einmal akzeptieren.

Der Eurojobber Bernhard ist genau 1,87 m groß und spricht fließend deutsch. Außerdem wird er künftig alle drei vorhandenen Polen ersetzen, die noch für 3,50 Euro pro Stunde gearbeitet haben. Herr Lehmann, Revisor, hat dem Eurojobber Bernhard auch gleich seine ersten Arbeitsaufträge übermittelt. Es sind 124 Seiten,

und die Zwergkiefern dürfen keinesfalls mehr so stark nadeln wie bei den Polen, sonst fliegt er raus.

Am Ende hat Herr Doktor Laussen gefragt, ob Einwände dagegen bestehen, daß man den Eurojobber Bernhard käuflich erwirbt, falls er sich gut bewährt, und er würde beim Sozialamt zu gegebener Zeit nachfragen, wie hoch gegebenenfalls der Kaufpreis für ihn ist. Hierauf gab es eine kurze Diskussion, ob der Eurojobber Bernhard dann ebenfalls ins Grundbuch einzutragen wäre wie alle anderen Immobilien.

Anschließend ging es wieder einmal um die Hausordnung, und Frau Loos-Büttgendorf hat eine sofortige Änderung vorgeschlagen im Zuge der Neuregelung der Bayerischen Leitkultur. Die neue Leitkultur ist nämlich viereckig und paßt genau in den Schaukasten im Erdgeschoß. Nach Vorschlag von Herrn Doktor Laussen werden als erste Konsequenz der Umsetzung unverzüglich alle suspekten Zeitungen der Mieter konfisziert – mit Ausnahme des Sonntagsblattes, des Bayernkuriers und des Münchner Merkur.

Im Übrigen sollen zu den subversiven Elementen, die im Haus vorkommen, auch ALG II-Empfänger oder potentielle ALG II-Empfänger, oder Eltern, die Kinder haben, die eine Ausbildung als potentielle ALG II-Empfänger absolvieren, hinzugerechnet werden und mit einem großen „A“ an der Wohnungstür durch den Hausmeister kenntlichgemacht werden.

Danach haben alle Eigentümer die letzten Wahlergebnisse ausgewertet und anhand der Wählerlisten mit großer Erschütterung festgestellt, daß in dem Haus nach wie vor 1 PDS-Wähler sowie 24 Nichtwähler wohnen. Diese sollen sich in den nächsten Monaten einer eigens organisierten ideologischen Demokratie-Schulung durch Professor Rüdiger-Meinhardus unterziehen, sonst werden sie gekündigt. Frau Balter, Pensionistin, schlug abschließend eine patriotische Initiative für alle Mieterinnen und Mieter vor. Diese sollen künftig jeden 1. Samstag im Monat eine ehrenamtliche Hausverbesserungsaktion zur Sicherung des Standortes Deutschland durchführen, die jeweils mit einem deutschen Lied und einem Fahnenappell begonnen wird. Im Übrigen sollen alle Mietparteien ihre patriotische Selbstverpflichtung auch dadurch unter Beweis stellen, daß sie ab sofort 10 Prozent mehr Miete zahlen, da ansonsten die Wohnanlage „Waldeslust“ nach Polen verlagert wird. Dies wurde ebenfalls einstimmig und mit Schwanzwedeln des Gero von Strauch beschlossen.

Dauer der Eigentümerversammlung 1 ½ Stunden, Schriftführerin: Kätchen Binatz.

Berufsbezeichnung

Seit Inkrafttreten von Hartz IV gibt es als Sachbearbeiter bekanntlich sogenannte „Fall-Manager“.

Schon seltsam: früher bezeichnete man andere (Ab-)Fall-Bearbeiter einfach nur als Müllabfuhr

Stellenanzeige

Zur Verstärkung der Teams bei der Sachbearbeitung von Hartz IV suchen mehrere deutsche Städte dringend weitere Fallmanager/innen

Ihr Profil:

- Genaue individuelle Bestimmung von Fallhöhe und Fallgeschwindigkeit von ALG II-Antragstellern
- Mehrjährige Berufserfahrung bei der Förderung des freien Falls von Hilfebefürhtigen und schwer vermittelbaren Arbeitslosen aus dem sozialen Netz
- Freude am Umgang mit Fallstudien (früher: Menschen) nach dem ALG II.
- Unselbständiges, verantwortungsloses, unsinniges und streng kontrolliertes Arbeiten durch die Bundesagentur
- Zermürbungsangriffe auf ALG II-Antragsteller mittels verschleppter Antragsbearbeitung und Herstellung von künstlichen Warteschleifen
- Keine Kenntnisse der gesetzlichen Vorschriften von Hartz IV erforderlich
- Nebeneinsteiger durchaus erwünscht, vor allem aus dem Bereich der Abfallwirtschaft, der Sondermüllentsorgung oder des Bestattungswesens
- EDV-Grundkenntnisse nicht erforderlich, da die Bearbeitungssoftware für ALG II ohnehin nicht ordentlich funktioniert

dung+ Die letzte Meldung+ Die letzte Meldung+ Die letzte Vorleistung

Istanbul: Die Türkische Regierung hat einen weiteren aktiven Beitrag für ihre europäische Integration geleistet: Unter der Losung „wie vor 100 Jahren“ ließ sie kürzlich 300 Frauen, die zum Internationalen Frauentag demonstrierten, brutal zusammenprügeln.

chen+++Aktenzeichen+++Aktenzeichen+++Aktenzeich Neues Versammlungsrecht:

Ausfuhrbestimmungen für Bayern

§ 1: In pflichtgetreuer Umsetzung der vom Bundestag beschlossenen Verschärfung des Versammlungsrechts ordnet hiermit die Bayerische Staatsregierung die sofortige Auflösung aller Asylantenunterkünfte sowie die Abschiebung aller Asylbewerber an. Dies wird mit der Gefahr begründet, daß weiterhin ausländerfeindliche Demonstrationen stattfinden könnten.

§ 2: Nach eingehender Prüfung des Bayerischen Staatsministeriums wird außerdem mit sofortiger Wirkung der gesamte Freistaat Bayern als historisch sensibler Ort erklärt. Allgemein werden künftig Demonstrationen als überflüssig betrachtet und das Wort „Demonstration“ aus dem Bayerischen Sprachschatz gestrichen.

Erlaubt sind nur noch lustige Volksfeste, Kirchweihen, Stubenmusik, Trachtenumzüge, Schützenfeste und der Musikantenstadl.

Weitsicht

Jetzt ist endlich klar, warum rot-grün das Anti-Diskriminierungs-Gesetz unbedingt noch in dieser Legislaturperiode beschließen will.

Bei Fortsetzung der Wahlverluste werden sie bald selbst zu einer schützenswerten Spezies.

dung+ Die letzte Meldung+ Die letzte Meldung+ Die letzte Alternativveranstaltung

Berlin: Wie bereits gemeldet, wird die NPD am 8. Mai nun doch nicht am Brandenburger Tor aufmarschieren dürfen. Aus gut unterrichteten Kreisen wird gemeldet, daß statt dessen am gleichen Tag dorthin der Bundesverfassungsschutz seinen Betriebsausflug durchführen will.

Keine Zweifel

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Koma-Patientin Terri Shiavo hat US-Präsident Bush kürzlich beteuert, daß er sich im Zweifelsfall für das Leben entscheide.

Es besteht allerdings kein Zweifel, daß die US-Kriege gegen Afghanistan und den Irak keine Zweifelsfälle waren.